

**Beschluss (vorläufig)** Für eine Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2024  
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

## Antragstext

1 Deutschland ist ein Einwanderungsland und das ist auch gut so. Wir wissen, dass  
2 unser Land auch so stark ist, weil viele Menschen in den letzten Jahrzehnten zu  
3 uns gekommen sind und hier mit anpacken.

4 Gleichzeitig suchen viele Menschen Schutz in Deutschland und Europa. Der  
5 russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die größte Fluchtbewegung in Europa  
6 seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Auch der Konflikt im Nahen Osten hat  
7 Millionen Menschen in Israel, Gaza, der Westbank und dem Libanon vertrieben.  
8 Menschen fliehen aus Kriegs- und Krisengebieten wie Afghanistan oder Syrien  
9 aufgrund von Terror, Krieg oder politischer Verfolgung. Bund, Länder und  
10 Kommunen haben in den zurückliegenden Jahren hart daran gearbeitet, den  
11 Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und sie zu versorgen.  
12 Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Kommunen von den  
13 Bürgermeister\*innen bis zu den Sachbearbeiter\*innen - sowie die vielen  
14 Freiwilligen haben dabei Unschätzbares geleistet. Ihnen allen gilt unser Dank.

15 Insbesondere dort, wo es schon bisher an bezahlbarem Wohnraum fehlte, an  
16 Personal bei der Kinderbetreuung und in Behörden, haben sich die  
17 Herausforderungen verstärkt. Die Situation ist für viele herausfordernd, für  
18 einige überfordernd. Integration wird in den Kommunen geleistet. Wir wollen uns  
19 gemeinsam der Aufgabe stellen, die Asyl- und Migrationspolitik so zu gestalten,  
20 dass Aufnahme und Integration vor Ort gelingt, das Asylrecht erhalten und der  
21 Zusammenhalt in der Gesellschaft wieder gestärkt wird.

22 Die realen Probleme in einem Teil der Kommunen aber auch eine hektische  
23 Migrationsdebatte, gezielte Stimmungsmache oder unrealistische Forderungen haben  
24 dazu geführt, dass die Ablehnung des Asylrechts, Diskriminierung und Spaltung  
25 zugenommen haben. Dabei wird "Migration" oft zu Unrecht als einfache Erklärung  
26 für komplizierte gesellschaftliche Probleme instrumentalisiert. Diese Erzählung  
27 wird von Rechten bewusst verbreitet und trifft besonders dort auf fruchtbaren  
28 Boden, wo Vertrauen in die Regierung verloren gegangen ist oder Angst vor einem  
29 sozialen Abstieg herrscht. Auch bei angespannter Haushaltslage muss der  
30 Zusammenhalt in unserer Gesellschaft verteidigt und die Voraussetzung für  
31 Integration geschaffen werden. Ausgrenzung, Hass und Desinformation stellen wir  
32 uns entgegen. Wir setzen auf Aufklärung, Unterstützung vor Ort, auf die  
33 Bekämpfung von Fluchtursachen und europäische Zusammenarbeit in der Asylpolitik.  
34 Aber für uns ist auch klar, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt auch auf  
35 Gerechtigkeit und Wohlstand in der Gesellschaft aufbauen muss.

36 Wir stellen uns den realen Herausforderungen ebenso wie der Angst und den  
37 Zweifeln vieler Menschen. Angst haben Menschen eben nicht nur, wenn sie aus  
38 anderen Ländern kommen und zweifeln,  
39 ob sie in Deutschland noch willkommen sind. Viele Menschen in unserem Land haben

40 inzwischen auch Sorgen und Ängste, dass Fluchtmigration negative Konsequenzen  
41 für sie hat. Solche Vorurteile werden auch durch die grausamen islamistischen  
42 Terroranschläge Einzelner gezielt verstärkt. Dem Schüren dieser Ängste müssen  
43 wir uns entschlossen entgegenstellen.

44 Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht und zerfällt eben nicht nur in  
45 Maßnahmen, Zahlen und Durchschnittswerten, sondern auch in Gefühlen. Diese  
46 müssen wir anerkennen und beachten, sie dürfen jedoch nicht zu irrationaler  
47 Politik oder Scheinlösungen führen.

48 Allzu oft werden in letzter Zeit politische Erwartungen geweckt, die Politik gar  
49 nicht erfüllen kann. Wir wollen uns dem nicht anschließen, sondern Leid und  
50 Chaos einer Politik der Humanität, Ordnung und einem rechtsstaatlichen Umgang  
51 mit Fluchtmigration entgegensetzen, der verhindert, dass bereits marginalisierte  
52 Gruppen weiter benachteiligt und entrechtet werden. Das Asylrecht kann praktisch  
53 nicht einfach abgeschafft werden, ein Aufnahmestopp oder systematische  
54 Zurückweisungen sind weder rechtlich noch praktisch in einer Demokratie  
55 umsetzbar und schon deswegen nicht Ziel grüner Politik. Besonders aus deutscher  
56 Sicht ist eine Forderung nach der Abkehr vom individuellen Anspruch auf eine  
57 rechtsstaatliche Prüfung eines Schutzgesuches geschichtsvergessen.

58 Wir sind bereit, über die besten Lösungen zu diskutieren und stellen uns den  
59 schwierigen Fragen. Für Scheinlösungen stehen wir nicht zur Verfügung. Dabei  
60 sind manche Abwägungen nicht einfach zu entscheiden. Forderungen müssen stets  
61 rechtlich umsetzbar sein und tatsächliche Verbesserungen bringen. Wir stellen  
62 uns gegen reine Symbolpolitik und einen Kurs der Asylrechtsverschärfungen nur zu  
63 Lasten der schutzsuchenden Menschen, sondern treten für Humanität ein. In der  
64 Regierung haben wir dafür gekämpft, dass unser Einwanderungsland funktioniert:  
65 Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, mit dem Chancenaufenthaltsrecht  
66 oder dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir hier die Weichen gestellt. Auch  
67 mit dem Spurwechsel, der Ausweitung anwaltlichen Beistands in der Abschiebehafte  
68 oder bei der Finanzierung von Seenotrettung haben wir durch harte Kompromisse  
69 grüne Erfolge errungen, für die wir über Jahre hinweg gekämpft haben.

70 Bei unserem Eintritt in die Regierung haben wir Grundlagen der Visavergabe  
71 vorgefunden, die umständlich, langwierig und ineffizient waren. Das haben wir in  
72 der Regierung vom Kopf auf die Füße gestellt. Wir arbeiten mit Digitalisierung  
73 daran, Visaverfahren zu beschleunigen und Wartezeiten von teilweise weit über  
74 einem Jahr auf nahezu null zu setzen. Das ist uns beispielsweise in Indien  
75 bereits gelungen. Auf diesen Erfolgen wollen und können wir aufbauen und  
76 weiterhin für eine Migrationspolitik eintreten, die einem Einwanderungsland  
77 gerecht wird.

78 Doch in letzter Zeit befinden wir uns angesichts einer aufgeheizten  
79 gesellschaftlichen Debatte in der Defensive. Grüne Ideen zur Asyl- und  
80 Migrationspolitik sind an vielen Stellen noch nicht mehrheitsfähig.

81 Wir haben allen Grund selbstbewusst zu sein. Wir Grüne haben seit unserer  
82 Gründung für die Rechte von Geflüchteten und eine offene  
83 Einwanderungsgesellschaft gekämpft. Wir sind die Partei, die den Perspektiven  
84 von Geflüchteten und den Anliegen von Minderheiten unter den Einwander\*innen  
85 eine Stimme gegeben hat. Differenzierte, sachliche Antworten in der  
86 Migrationspolitik sind nicht immer populär, aber heute dringender notwendig denn

87 je. Kompromisse müssen immer im Rahmen der Menschenrechte und der  
88 rechtsstaatlichen Grundsätze geschlossen werden.

89 Die aktuelle Stimmung und Probleme entstanden nicht durch eine grüne Asyl- und  
90 Migrationspolitik - im Gegenteil: Die Innenpolitik in Bund und Land verantworten  
91 bisher nur Minister\*innen aus anderen Parteien. Seit inzwischen vielen Jahren  
92 werden in Europa teils nach immer gleichen Mustern härtere und oft  
93 dysfunktionale Maßnahmen gefordert und beschlossen, Deals mit schwierigen  
94 Partnern geschlossen und in Abschottungspolitik investiert. Das wurde immer  
95 wieder mit dem Versprechen verbunden, dass es bald geordneter zugeht und  
96 Rechtspopulismus an Rückhalt verliert.

97 Für uns ist klar: Abschottung löst keine Probleme. Die Übernahme von  
98 rechtsextremen oder populistischen Positionen löst keine Probleme. Im Gegenteil:  
99 Gerade Rechtsextreme profitieren davon, wenn man sich ihrem Populismus in  
100 Wortwahl oder Vorschlägen annähert, statt die Herausforderungen gut zu  
101 vermitteln, Probleme zu lösen und Empathie zu erzeugen. Das haben auch die  
102 letzten Wahlen gezeigt. Unser Weg ist ein anderer.

103 Hoffnung geben uns neben den vielen engagierten Haupt- und Ehrenamtlichen auch,  
104 dass Anfang des Jahres so viele Menschen wie nie zuvor in Deutschland auf die  
105 Straße gegangen sind, um ein Zeichen für eine offene, vielfältige Gesellschaft  
106 und gegen Rechtsextremismus zu setzen. Wir wissen: Aufnahme und Teilhabe  
107 funktionieren, wenn alle an einem Strang ziehen und der politische Wille  
108 vorhanden ist. Deshalb begegnen wir den derzeitigen Herausforderungen mit  
109 konstruktiven und praxisnahen Vorschlägen. Dafür setzen wir uns jetzt und auch  
110 zukünftig mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften ein – gerade auch auf  
111 kommunaler Ebene. Vorurteile können auch über Sprache und Begriffe verstärkt  
112 werden. Wir benennen die Dinge klar und verständlich, ohne damit Menschen zu  
113 diskriminieren oder falsche Eindrücke zu verstärken.

114 Vulnerable Personengruppen, wie etwa Menschen mit Behinderungen, Minderjährige  
115 und LGBTIQ\* müssen besonders geschützt werden. Dazu gehört auch, dass z.B.  
116 Alleinerziehende, pflegende Angehörige und Menschen mit Behinderung endlich  
117 gleichberechtigten und unbürokratischen Zugang zum Erwerb der deutschen  
118 Staatsbürgerschaft erhalten.

119 Es ist Zeit für eine neue Asyl- und Migrationspolitik, eine die endlich  
120 funktioniert und Humanität und Ordnung verbindet. Eine, die sich Realitäten wie  
121 überforderten Kommunalverwaltungen stellt, die Menschenrechte als Vorteil  
122 begreift und die Würde der Menschen in und außerhalb Europas ins Zentrum stellt.

## 123 **1. Säule: listen to the science**

124 Zu oft wirkt Politik ratlos im Umgang mit Herausforderungen und versucht Symbole  
125 zu setzen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den diversen Problemen auf  
126 verschiedenen Ebenen wird so verhindert. Dabei gibt es in unserem Land so viel  
127 Expertise, auf die wir zurückgreifen könnten.

128 Wir wollen daher, dass am Kanzleramt, unter Einbeziehung aller relevanten  
129 Ressorts, ein Gremium mit Expert\*innen aus Wissenschaft, Forschung, der  
130 kommunalen Praxis und Betroffenen eingerichtet wird. Das Gremium soll  
131 fortlaufend und vorausschauend beraten. So zeigen wir Antworten und Lösungswege

132 für politische Prozesse auf. Mögliche Fragestellungen könnten sein: Was brauchen  
133 Kommunen konkret? Wo und wie gelingt Integration am besten? Welche Möglichkeit  
134 gibt es, Fluchtursachen zu bekämpfen, damit weniger Menschen zu uns fliehen  
135 müssen? Wie können wir sicherstellen, dass Menschen nicht mehr von Schleusern  
136 abhängig sind? Wie können wir die Europäische Verteilung verbessern? Woran hakt  
137 es bei der Arbeitsaufnahme noch? Andere Fragen sollten ergänzt werden, alles  
138 kann auf den Tisch.

139 Aber Politik wird nicht besser, wenn man der Wissenschaft immer schlechter  
140 zuhört. Es gibt viele Lehrstühle, Gremien und Institute und Räte, aber sie  
141 sollten endlich von der Politik gehört werden - ebenso wie die praktischen  
142 Erfahrungen vor Ort. Die Vorschläge des Gremiums sollen im parlamentarischen  
143 Prozess beraten und diskutiert werden. Ob sie am Ende umgesetzt werden,  
144 entscheidet natürlich die Politik. Wir können und sollten unterschiedlicher  
145 Meinung zu politischen Forderungen sein - aber die Forderungen sollten endlich  
146 wieder evidenzbasiert sein.

147 Wir wollen einen Pakt für gesellschaftlichen Zusammenhalt schließen. Dieser Pakt  
148 soll dafür sorgen, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen sich zuhören  
149 und verstehen können. Denn auch das ist die Grundlage für gesellschaftlichen  
150 Zusammenhalt. Außerdem müssen Gesetze auf ihre Folgen überprüft werden, damit  
151 sichergestellt ist, dass sie mit Grund- und Europarecht im Einklang stehen,  
152 nicht diskriminieren und die gewollten Ziele erreichen.

## 153 **2. Säule: internationale Zusammenarbeit** 154 **vorantreiben**

155 Wir wollen die komplexen Ursachen für Flucht und Migration in einem umfassenden  
156 Ansatz gemeinsam mit den Herkunfts- und Transitländern bearbeiten. Die  
157 wichtigsten Auslöser sind bewaffnete Konflikte und Verfolgung aus politischen,  
158 ethnischen oder religiösen Gründen. Eine Lehre aus den Jahren vor 2015 ist, dass  
159 Deutschland und die EU ihre internationale Verantwortung nicht nochmal  
160 verdrängen dürfen. Wir gehen gegen fehlende wirtschaftliche Perspektiven und  
161 unwürdige Arbeitsbedingungen vor, die ebenfalls Menschen zum Verlassen ihres  
162 Landes veranlassen. Deshalb haben wir uns erfolgreich für das deutsche und  
163 europäische Lieferkettengesetz eingesetzt, um Menschenrechts- und  
164 Nachhaltigkeitsstandards in unseren Lieferketten zu verankern. Hinzu kommen die  
165 sich verschärfende Klimakrise sowie strukturelle Ursachen, die in  
166 wirtschaftlichen und sozialen, aber auch politischen Unsicherheiten liegen.

167 Die Klimakrise ist an vielen Orten längst Realität. Trotz all unserer  
168 Anstrengungen wird diese Krise Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Die  
169 EU sollte die betroffenen Staaten deshalb bei den notwendigen  
170 Anpassungsmaßnahmen unterstützen - gerade weil sie historisch eine besondere  
171 Verantwortung für klimaschädliche Treibhausemissionen tragen. Europa sollte  
172 zusammen mit anderen Industriestaaten vorgehen und über internationale  
173 Regulation im Rahmen des Völkerrechts zum Umgang mit klimabedingter Migration,  
174 Flucht und Vertreibung sowie zum Zugang zu internationalem Schutz beraten. Die  
175 internationale Entwicklungszusammenarbeit, die Klimafinanzierung, und den Fonds  
176 gegen Klimaschäden wollen wir stärken.

177 Wir wollen keine Welt, in der Menschen erst nach Europa fliehen müssen, um in  
178 Sicherheit zu sein und Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu haben. Wir wollen  
179 vorher ansetzen. Deswegen treten wir dafür ein, Arbeitsmigration zu  
180 vereinfachen, Migrationspartnerschaften auf Augenhöhe zu schließen,  
181 Fluchtursachen zu bekämpfen und Geflüchtete in ihren Heimatregionen besser zu  
182 unterstützen. In der EU-Entwicklungszusammenarbeit setzen wir uns dafür ein,  
183 dass Gelder der Förderung nachhaltiger Entwicklungsziele dienen. Die vorgesehene  
184 Begrenzung für Ausgaben im Bereich von Migration soll eingehalten und für  
185 sichere Zugangswege eingesetzt werden. Krisenprävention, humanitäre Hilfe und  
186 beispielsweise Wiederaufbau in Krisenregionen sind ein zentrales Element unserer  
187 Migrationspolitik. In den Maßnahmen und Abkommen muss zwischen Fluchtmigration  
188 und Arbeitsmigration unterschieden werden.

189 Deutschland und Europa sind auf Migration in den Arbeitsmarkt angewiesen. Ohne  
190 maßgebliche Migration würden unsere Sozialsysteme, die Renten, die  
191 Gesundheitsversorgung nicht zu erhalten sein. Freiheit, Demokratie und Wohlstand  
192 sind durch Abschottung in Gefahr. Gleichzeitig wollen wir Fluchtmigration besser  
193 ordnen und steuern, denn das Leid und Chaos durch lebensgefährliche Fluchtrouten  
194 ist nicht hinnehmbar. Wir wollen wissen, wer nach Europa kommt und wir wollen  
195 sichere Fluchtwege, damit niemand auf lebensgefährlichen Wegen nach Europa  
196 kommen muss, um Schutz zu finden.

197 Dazu setzen wir auch auf menschenrechtsorientierte und gerechte  
198 Migrationspartnerschaften. Mit Visaerleichterungen und  
199 Ausbildungspartnerschaften erhalten Partnerstaaten eine Aussicht auf sichere  
200 Migrationswege und garantieren im Gegenzug beispielsweise eine sichere Rückkehr  
201 ihrer Staatsangehörigen. Nur durch umfassende Abkommen kann die Akzeptanz für  
202 die Vereinbarungen, Rückführungen und geordnete und sichere Migration geschaffen  
203 werden. Sie dürfen nicht von finanzieller Unterstützung der  
204 Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden. Internationale  
205 Zusammenarbeit, wirtschaftliche Vorteile oder Visaerleichterungen dürfen nicht  
206 einseitig migrationspolitischen Interessen untergeordnet werden. Mehr geregelte  
207 Migration ermöglicht weniger unregelmäßige Migration und die dadurch  
208 lebensgefährliche Flucht. Das ist nicht nur im Interesse der Betroffenen, die  
209 zumeist keine Alternative zu den aktuellen Fluchtrouten haben, sondern auch in  
210 unserem Interesse. Wir bauen auf mehr Transparenz der Abkommen für Parlamente  
211 und Öffentlichkeit sowie auf Beteiligung der Zivilgesellschaft.  
212 Migrationspartnerschaften sollen die zwischenstaatliche Mobilität stärken. Dabei  
213 ist uns wichtig, dass auch Frauen endlich gleichberechtigten Zugang zu Mobilität  
214 erhalten, denn aktuell sind sie oft benachteiligt. Der Abschluss von  
215 Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten muss auf Augenhöhe  
216 erfolgen. Die Abkommen sollen der Bevölkerung Perspektiven geben und keine  
217 autokratischen Regime stärken.

218 Bei funktionierenden Abkommen wie der Westbalkanregelung haben wir uns  
219 erfolgreich für eine Verstärkung ausgesprochen, aber einige der aktuellen  
220 Vereinbarungen erreichen ihre Ziele nicht oder erzeugen neue Fluchtursachen und  
221 Leid. Sie schützen Menschenrechte nicht, umgehen parlamentarische Verfahren,  
222 schaffen Abhängigkeiten von Diktatoren und erzeugen regelmäßig neue  
223 Fluchtursachen. Wenn Geflüchtete von Behörden misshandelt, vergewaltigt oder in  
224 die Wüste getrieben werden, ist das schockierend und muss entschiedene  
225 politische und strafrechtliche Konsequenzen haben.

226 Deswegen setzen wir uns für Alternativen zu den bestehenden "Abkommen" mit  
227 Ländern wie Tunesien oder Libyen ein. Bei Migrationsabkommen dürfen die  
228 Menschenrechte, das Völkerrecht, die Rechtsstaatlichkeit und die Würde von  
229 Geflüchteten nicht auf dem Verhandlungstisch liegen. Das Ergebnis der  
230 zukünftigen Migrationspartnerschaften muss sein, dass sie die Lebenssituation  
231 vor Ort verbessern, sowie geordnete Wege in den Arbeitsmarkt und zur  
232 Bildungsmigration schaffen. Nur so werden wir die ungeordnete und oft  
233 lebensgefährliche Migration nach Europa wirksam und langfristig reduzieren  
234 können.

235 Es sollte beispielsweise eine nachhaltige Vereinbarung mit der Türkei geben. Das  
236 Ziel dieses Abkommens muss sein, die notwendige finanzielle und logistische  
237 Unterstützung für die Millionen syrischen und afghanischen Geflüchteten in der  
238 Türkei sicherzustellen und die unrechtmäßigen Abschiebungen in die  
239 Herkunftsländer zu unterbinden. Rechtsstaatlichkeit und die Achtung des  
240 Völkerrechts müssen dabei stets beachtet werden. Im Gegenzug könnte die  
241 geregelte humanitäre Aufnahme über Kontingente in Europa, eine Visa-  
242 Liberalisierung für Kurzzeitvisa und erleichterte Arbeitsmigration analog zur  
243 Westbalkanregelung sein - ohne die Türkei zum sicheren Herkunftsland oder  
244 sicherem Drittstaat zu erklären. Wenn türkische Staatsangehörige ohne Probleme  
245 im Schengenraum Urlaub machen oder einen Job suchen könnten, wäre der  
246 Freiheitsgewinn enorm. Gleichzeitig müsste sich die Türkei verpflichten,  
247 Bedingungen für die Visaliberalisierung zu akzeptieren. Dazu würden Fragen der  
248 Menschenrechtssituation in der Türkei zählen, oder auch die sichere Rücknahme von  
249 türkischen Staatsangehörigen, die keinen Schutzstatus haben und nicht die  
250 Voraussetzungen für Arbeits- oder Bildungsmigration erfüllen. Dabei muss  
251 sichergestellt werden, dass der Zugang zu Schutz durch solche Abkommen für  
252 politisch Verfolgte und andere Schutzberechtigte einfacher und nicht schwerer  
253 werden soll.

254 Der Kriminalisierung der humanitären Hilfe für schutzsuchende Menschen an Land  
255 und der zivilen Seenotrettung stellt sich unsere Partei weiterhin geschlossen  
256 entgegen. Für diese Position wollen wir Rechtssicherheit schaffen. Deswegen  
257 setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, dass ein eindeutiger  
258 Tatbestandsausschluss für alle Fälle humanitärer Unterstützung eingeführt wird,  
259 sodass humanitäre Hilfe und Flucht nicht kriminalisiert werden können.

### 260 **3. Säule: Europäische Asylpolitik verbessern**

261 Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wollen wir zufriedenstellende  
262 Antworten auf Flucht und Migration nach Europa finden. Unser Leitgedanke bleibt,  
263 dass im Mittelpunkt europäischer Politik der Mensch in seiner Würde und Freiheit  
264 stehen muss. Wir wollen, dass Menschenrechte überall und jederzeit eingehalten  
265 werden - sie sind unverhandelbar. Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und  
266 unsere internationalen Verpflichtungen wie die Genfer Flüchtlingskonvention.

267 Wir setzen uns seit vielen Jahren für funktionierende und menschenwürdige EU-  
268 Asylpolitik ein, bei der alle EU-Staaten einen fairen Beitrag für einen  
269 solidarischen Umgang mit Fluchtmigration leisten müssen.

270 Unsere Haltung ist klar: Das Recht auf Einzelfallprüfung und das  
271 Nichtzurückweisungsgebot gelten immer und überall. Der Asylantrag von Menschen,

272 die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft  
273 werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten  
274 entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende  
275 viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen  
276 ablenken. Erneute Haftlager wie Moria an den Grenzen, die die Würde und die  
277 Rechte von Schutzsuchenden verletzen, müssen verhindert werden. Kinder müssen  
278 kindgerecht untergebracht und versorgt werden. Haft ist mit dem Kindeswohl  
279 grundsätzlich nicht vereinbar.

280 Pushbacks verstoßen gegen europäisches und internationales Recht und müssen  
281 politisch und rechtlich scharf bekämpft werden. Solche Straftaten müssen  
282 Konsequenzen haben, womöglich auch vor deutschen Gerichten. Wer vor dem  
283 Kriegsdienst flieht, beispielsweise um nicht für Putins völkerrechtswidrigen  
284 Angriffskrieg zu kämpfen, sollte entsprechend der EuGH-Rechtsprechung Schutz in  
285 Europa finden.

286 Uns eint der Wille, uns weiterhin mit aller Kraft für eine Verbesserung der  
287 Situation für Schutzsuchende und eine bessere Organisation von Migration  
288 einzusetzen. Wir wollen alles dafür tun, dass die neue EU-Asylreform nicht nur  
289 Fluchtmigration besser organisiert, sondern auch die Situation von Menschen auf  
290 der Flucht nach Europa nicht verschlechtert, sondern verbessert wird.

291 Mit dieser klaren Haltung und klaren Kriterien werden wir die beschlossenen  
292 Rechtsakte der EU-Asylreform, wie jedes Recht, umsetzen.

293 Wir wollen, dass die Überwachung der Einhaltung der Grundrechte in der  
294 Bundesrepublik Deutschland den Leitlinien der Agentur für Grundrechte der  
295 Europäischen Union (FRA) entsprechend gesetzlich geregelt wird. Der unabhängigen  
296 Nationalen Menschenrechtsinstitution Deutschlands müssen in diesem Zusammenhang  
297 dauerhaft zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

298 Einzelne Mitgliedsstaaten versuchen bereits, sich durch nationale Alleingänge  
299 aus dem europäischen Konsens zu verabschieden oder das Asylrecht auszulagern.  
300 Wir kämpfen politisch für Verbesserungen und gegen eine Erosion des EU-Rechts.  
301 Leid und Chaos setzen wir Humanität, Ordnung und einen rechtsstaatlichen Umgang  
302 mit Fluchtmigration entgegen. Wir wollen eine solidarische und faire Verteilung  
303 von Schutzsuchenden in Europa.

304 Die Aufnahmebedingungen müssen europaweit auf ein menschenwürdiges Niveau  
305 angehoben werden, um Menschen nicht durch Armut, Obdachlosigkeit oder  
306 Diskriminierung zur Sekundärmigration zu zwingen. Die besonderen Bedürfnisse  
307 vulnerabler Gruppen wie beispielsweise Kinder, queerer Menschen oder Menschen  
308 mit Behinderung müssen im Aufnahme- und Asylverfahren berücksichtigt werden. Bei  
309 der Registrierung ist sicherzustellen, dass die entscheidende Bewertung der  
310 Vulnerabilität von geschultem Fachpersonal durchgeführt wird.

311 Schon jetzt sollte von den zuständigen Mitgliedstaaten eine systematische und  
312 rechtsstaatliche Registrierung der Schutzsuchenden eingefordert werden und  
313 Schutzsuchende nicht unter unzumutbaren Bedingungen oder unverhältnismäßigen  
314 Inhaftierungen in Grenzlagern festgehalten werden. Außerdem dürfen Menschen  
315 nicht inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen. Das GEAS-Anpassungsgesetz  
316 muss so ausgestaltet werden, dass jede Form der Inhaftierung von Kindern  
317 ausgeschlossen wird. Kinder sollen grundsätzlich immer außerhalb geschlossener  
318 Einrichtungen und unter Respekt der UN-Kinderrechtskonvention untergebracht

319 werden. Dabei sind für uns die Forderungen der Kinderrechtsorganisationen  
320 zentral.

321 Im Gegenzug zur Registrierung sollte den Außengrenzstaaten Unterstützung bei der  
322 Aufnahme von Schutzsuchenden angeboten werden. Nur so werden wir dauerhaft eine  
323 bessere Verteilung in Europa und rechtsstaatlich kontrollierte Außengrenzen  
324 sicherstellen können. Deshalb sollte Deutschland gemeinsam mit anderen Staaten  
325 eine relevante Zusage zur Aufnahme schon im nächsten Jahr machen. Eine  
326 Aufnahmezusage kann beispielsweise daran gekoppelt werden, ob weiterhin  
327 unregistrierte Personen an der deutschen Grenze ankommen, die schon in anderen  
328 EU-Staaten waren. Für jede unregistrierte Person an der Binnengrenze könnte das  
329 Kontingent reduziert werden, um die Anreize zur Registrierung hoch zu halten. So  
330 könnte schon im nächsten Jahr für eine bessere Verteilung gesorgt und das Chaos  
331 an den Außengrenzen beendet werden. Hierfür ist keine weitere Änderung der  
332 Rechtslage notwendig.

333 Bei der Umsetzung der GEAS-Reform werden wir uns mit all unseren Möglichkeiten  
334 dafür einsetzen, dass Integration gefördert, rechtsstaatliche Verfahren  
335 möglichst umfassend gewährleistet und keine zusätzlichen, unnötigen  
336 Einschränkungen des Asylrechts stattfinden. Dazu zählt auch, dass die Einstufung  
337 von sicheren Herkunftsländern und sicheren Drittstaaten weiterhin nur  
338 parlamentarisch nach klaren grundrechts- und menschenrechtsorientierten  
339 Kriterien getroffen werden darf.

340 Die Menschenrechtslage an den Grenzen und bei den Asylverfahren muss engmaschig  
341 überwacht werden, besonders um vulnerable Gruppen zu schützen. Wir wollen  
342 sicherstellen, dass Schutzsuchende nicht unter unzumutbaren und  
343 menschenunwürdigen Bedingungen in Lagern festgehalten werden.

344 Wir verteidigen unsere Demokratie und den Rechtsstaat gegen hybride Angriffe -  
345 dazu zählt auch die Verteidigung des individuellen Rechts auf Asyl. Putins  
346 Russland und Lukaschenkos Belarus missbrauchen das Leid von Geflüchteten für  
347 geopolitische Interessen. Wir werden alle rechtsstaatlichen und politischen  
348 Möglichkeiten ausschöpfen, um die Instrumentalisierung von Schutzsuchenden  
349 insbesondere durch Staaten wie Russland und Belarus zu verhindern. Die  
350 Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert  
351 werden, lehnen wir ab. Auch an der belarussischen Grenze verstoßen Pushbacks und  
352 die entwürdigende Behandlung von Geflüchteten gegen europäisches und  
353 internationales Recht. Wir werden auch die guten Beziehungen zu unseren  
354 europäischen Partnern nutzen, um Instrumentalisierung und Pushbacks  
355 entgegenzuwirken.

356 Grenzkontrollen an den Außengrenzen sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die  
357 zunehmend von europäischen Beamt\*innen übernommen werden sollte. Deswegen  
wollen

358 wir Frontex rechtsstaatlich weiterentwickeln. Dazu gehört, dass Frontex sich  
359 nicht an menschenrechtswidrigen Einsätzen beteiligen darf und solche Einsätze  
360 konsequent und zeitnah beenden muss, so wie es in der Frontex-Verordnung  
361 vorgesehen ist. Gleichzeitig bedarf es einer engmaschigen parlamentarischen  
362 Kontrolle von Frontex-Einsätzen. Es muss einfacher werden, Frontex und nationale  
363 Behörden für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen. Opfer solcher  
364 Rechtsverstöße, insbesondere an den Außengrenzen, brauchen juristische  
365 Unterstützung. Statt auf Abschottung und Frontex-unterstützte Pullbacks im

366 Mittelmeer wie durch die libysche Küstenwache, setzen wir auf eine staatlich  
367 koordinierte EU-Seenotrettung und die Unterstützung von zivilen  
368 Seenotrettungsorganisationen.

#### 369 **4. Säule: Asylrecht verteidigen**

370 Für uns steht fest, dass wir das Asylrecht als große Errungenschaft feiern und  
371 als historische Verantwortung verteidigen. Zu den grünen Grundsätzen gehört  
372 jedoch auch, dass nach einem erfolgreichen Asylantrag die großen  
373 Herausforderungen in unserem Einwanderungsland noch bevorstehen. Es reicht  
374 nicht, Menschen Schutz zu bieten, sie sollen auch Teil der Gesellschaft werden  
375 und werden können.

376 Um das Grundrecht auf Asyl zu schützen und die gesellschaftliche Akzeptanz zu  
377 stärken, müssen Aufnahme von Schutzbedürftigen, Steuerung und Ordnung von  
378 Migration, wirksame Integration sowie sichere Rückkehr bei abgelehnten  
379 Aslygesuchen zusammengedacht und durchgesetzt werden. Wir wollen Kapazitäten  
380 aufbauen, die soziale Infrastruktur stärken und tragfähige Strukturen schaffen.  
381 Wir treten dafür ein, dass die Möglichkeiten vor Ort überall wieder der  
382 Herausforderung entsprechen. Ziel ist es, dass diese Menschen in ihren  
383 Heimatländern eine sichere Perspektive haben und nicht auf der Suche nach einem  
384 besseren Leben ihr Land verlassen müssen. Eine Obergrenze ist weder machbar noch  
385 rechtens oder human.

386 Statt Länder politisch als sichere Dritt- oder Herkunftsstaaten einzustufen,  
387 braucht es rechtssichere, schnelle und faire Verfahren, also unvoreingenommene  
388 Asylverfahren und den Zugang zu einer unabhängigen Beratung während des  
389 gesamten  
390 Verfahrens. Staaten, in denen marginalisierte Gruppen wie queere Menschen  
391 systematisch verfolgt werden, sind nicht sicher. Die Situation in eingestuften  
392 Ländern muss fortlaufend beobachtet und Änderungen berücksichtigt werden.

392 Aus dem Genozid an den Jesid\*innen durch den sogenannten "Islamischen Staat"  
393 erwächst eine besondere Verantwortung. Abschiebungen von Jesid\*innen in den Irak  
394 stellen wir uns darum konsequent entgegen. Wir stehen solidarisch an der Seite  
395 aller Menschen, die weltweit für Demokratie und Menschenrechte kämpfen. Wir  
396 fordern die Innenministerkonferenz (IMK) auf, dass der Abschiebestopp nach Iran  
397 verlängert wird. Wir treten dafür ein, die Einschränkungen beim Familiennachzug  
398 wieder aufzuheben.

399 Als Ergänzung des Asylsystems unterstützen wir humanitäre Aufnahmeprogramme und  
400 Resettlement, wie mit dem Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan. Für Ortskräfte und  
401 bedrohte Frauen- und Menschenrechtler\*innen, die aus Afghanistan, nach Pakistan,  
402 Iran oder in die Türkei geflohen sind, müssen humanitäre Visa unbürokratisch von  
403 den Botschaften erteilt werden. Programme wie diese wollen wir aus unserer  
404 humanitären Pflicht fort- und umsetzen. Wir wollen sichere Fluchtwege aus  
405 Krisenregionen - auch im Nahen Osten. Wir stehen weiterhin zum Kirchenasyl.

#### 406 **5. Säule: Integration in Deutschland ermöglichen**

407 Damit die Geschichte unseres Einwanderungslandes erfolgreich fortgeschrieben  
408 wird, wollen wir politisch Verantwortung übernehmen. Gleichzeitig gewährt

409 Deutschland Schutzbedürftigen Schutz. Einwanderung in den Arbeitsmarkt und die  
410 Aufnahme von Schutzbedürftigen sind grundsätzlich getrennt zu betrachten, denn  
411 sie folgen unterschiedlichen Logiken. Arbeitsmigration folgt der Nachfrage nach  
412 Arbeitskräften, die Aufnahme von Schutzsuchenden den humanitären  
413 Verpflichtungen.

414 Migration braucht die entsprechende dauerhafte Infrastruktur in den Kommunen und  
415 den Ländern. Dazu gehören ausreichend Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen  
416 der Länder, in denen Geflüchtete möglichst nicht länger als drei Monate  
417 untergebracht sein sollen und dauerhaften Wohnraum in den Kommunen. Die  
418 dezentrale Unterbringung ist zu bevorzugen. Geflüchtete sollten Möglichkeiten  
419 nutzen dürfen, aus einer Unterkunft auszuziehen. Familienbezüge und individuelle  
420 Anknüpfungspunkte müssen berücksichtigt werden.

421 Wir treten für ein ausreichendes Angebot an ausfinanzierten Sprachkursen ein,  
422 die direkt nach der Ankunft zugänglich sind. Bei diesen muss sichergestellt  
423 sein, dass Barrieren für Teilhabe abgebaut werden, insbesondere für Frauen mit  
424 Kindern, die beim Spracherwerb statistisch deutlich benachteiligt sind.  
425 Der Zugang zum Bildungssystem und in die Arbeitswelt muss durch ausreichend  
426 Mittel und Personal sichergestellt sein. Bessere Integration wird nur gelingen,  
427 wenn Integrationsmaßnahmen auch besser finanziert sind. Die Unterstützung von  
428 Eltern und insbesondere Müttern bei der Kinderbetreuung ist zentral für  
429 gelingende Integration - beispielsweise bei Sprachkursen.

430 Der Umgang mit Migration und Integration ist eine Aufgabe, die dauerhafte  
431 Strukturen braucht. Dabei muss es auch um Resilienz gehen, denn es wird immer  
432 wieder Jahre geben, in denen mehr Menschen kommen und Jahre, in denen weniger  
433 Menschen kommen. Die Strukturen eines Einwanderungslandes müssen für diese  
434 Dynamiken gerüstet sein. Die Ampel-Regierung hatte sich vorgenommen, 400.000  
435 Wohnungen im Jahr zu bauen. Wir treten dafür ein, dass das auch endlich Praxis  
436 wird und damit auch der Mangel an bezahlbarem Wohnraum endlich angegangen wird.  
437 Die ausreichende Finanzierung von Zivilgesellschaft und staatlicher  
438 Infrastruktur wie Gerichten oder Behörden ist eine der Voraussetzungen für  
439 gelingende Integration. Eine stärkere und dauerhafte Finanzierung der  
440 Unterbringung und Versorgung in unseren Kommunen, die einen zentralen Teil der  
441 Integration leisten, sollte von Bund und Ländern durch einen verbindlichen  
442 gesetzlichen Rahmen geregelt sein.

443 Wir stehen für soziale Teilhabe. Damit alle Menschen am Leben in unserer  
444 Gesellschaft teilhaben und Integration gelingen kann, müssen hierfür auch die  
445 Voraussetzungen geschaffen werden. Politische Maßnahmen dürfen nicht darauf  
446 abzielen, das Leben von Geflüchteten zu erschweren, sondern die Integration zu  
447 vereinfachen. Maßnahmen wie eine Bezahlkarte, müssen so ausgestaltet werden,  
448 dass sie Bürokratie verringern und Integration ermöglicht - das haben wir in  
449 Hannover erfolgreich vorgemacht - ganz ohne unangemessene Bargeldobergrenze.

450 Auch das EU-Recht legt fest, dass eine Leistungskürzung bei Dublin-Fällen in  
451 Deutschland nur dann erfolgen darf, wenn es den betroffenen Personen tatsächlich  
452 und rechtlich möglich ist, in einen anderen zuständigen EU-Mitgliedstaat zu  
453 gelangen und dort auch faktisch Zugang zu Leistungen besteht. Es muss immer  
454 sichergestellt werden, dass keine Kürzung unter das Existenzminimum erfolgt.  
455 "Bett, Brot, Seife" ist für uns keine Leitlinie. Stattdessen wollen wir die  
456 Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts durchsetzen: Jeder Mensch hat ein

457 Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Die  
458 Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.

459 Unser Ziel ist es, mehr Planbarkeit für die Kommunen zu schaffen. Wir setzen uns  
460 für rechtssichere, möglichst zügige und faire Verfahren ein, um damit Klarheit  
461 für Betroffene und Kommunen zu schaffen - unabhängig davon, aus welcher Region  
462 die Antragstellenden kommen. In der Bundesregierung haben wir uns für eine  
463 bessere Arbeitsmarktintegration und langfristige Bleibeperspektiven für  
464 berufstätige Schutzsuchende eingesetzt: Wir haben die Möglichkeit eines  
465 Spurwechsels für Geduldete aus der Asyl- in die Erwerbsmigration geschaffen und  
466 mit dem Chancenaufenthaltsgesetz sowie dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz einen  
467 Paradigmenwechsel eingeleitet. Wir haben die Beschäftigungsduldung deutlich  
468 erweitert, Arbeitsverbote gelockert und eine Genehmigungsfiktion bei  
469 Beschäftigungserlaubnissen auf den Weg gebracht, um die Verfahren stark zu  
470 beschleunigen. Damit sind wir bereits wichtige Schritte gegangen. Wir wollen,  
471 dass Arbeitsverbote abgeschafft werden. Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen.  
472 Außerdem soll im Aufenthaltsrecht verankert werden, dass all jene, die hier  
473 arbeiten, eine Ausbildung machen oder studieren, eine langfristige  
474 Bleibeperspektive bekommen, statt abgeschoben zu werden. Damit schaffen wir  
475 Kapazitäten in den Ausländerbehörden, damit Rückführungen nicht die Falschen  
476 treffen. Es reicht nicht, Menschen Schutz zu bieten. Wir müssen Perspektiven und  
477 Teilhabe ermöglichen, damit Geflüchtete Teil der Gesellschaft werden und werden  
478 können - bis hin zur Staatsbürgerschaft. Die deutsche Staatsangehörigkeit darf  
479 nicht entzogen werden.

## 480 **6. Säule: Rechtsstaat durchsetzen, in allen** 481 **Bereichen**

482 Das Asylrecht, die Grund- und Menschenrechte zu verteidigen, bedeutet im Kern,  
483 geltendes Recht durchzusetzen und Menschen Zugang zu diesem Recht zu  
484 ermöglichen. Das gilt an den Außengrenzen, in anderen EU-Staaten, es gilt aber  
485 eben auch in Deutschland. Auf europäischer Ebene halten sich verschiedene EU-  
486 Mitgliedsstaaten nicht an geltendes EU-Recht. Statt der vorgeschriebenen  
487 Durchführung rechtsstaatlicher Verfahren und rechtsstaatlicher Kontrolle der  
488 Außengrenzen werden tausendfach Pushbacks durchgeführt. Statt Asylsuchenden  
489 ordentliche Perspektiven zu bieten, sorgen unwürdige Bedingungen dafür, dass  
490 Menschen in Länder wie Deutschland, Frankreich oder Österreich weiterziehen  
491 müssen. Das darf nicht länger hingenommen werden. Die EU-Kommission unter Ursula  
492 von der Leyen ist hier seit Jahren untätig, obwohl sie als Hüterin der Verträge  
493 für die Durchsetzung des Rechts verantwortlich ist. Vertragsverletzungsverfahren  
494 zur Durchsetzung des Rechts werden allzu oft nicht angestoßen, obwohl  
495 Rechtsbrüche offensichtlich sind. Deswegen sollte bei fortlaufender Untätigkeit  
496 der EU-Kommission die Bundesregierung selbst ihre Möglichkeit nutzen,  
497 Vertragsverletzungsverfahren anzustoßen.  
498 Das würde dazu beitragen, dass Geflüchtete überall in Europa Perspektiven haben  
499 und sich die Verteilung verbessert.

500 Geltendes Recht umfasst aber eben auch, dass nicht jeder, der nach Deutschland  
501 kommt, bleiben kann. Wer nach individueller Prüfung auf asyl- und  
502 aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel  
503 kein Aufenthaltsrecht erhalten hat und bei dem keine Abschiebungshindernisse

504 entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Hier stehen wir zum Vorrang der  
505 freiwilligen Ausreise. Die Rückkehrberatung sollte gestärkt und von pädagogisch  
506 geschultem Personal durchgeführt werden. Denn wer ohne eine Perspektive oder  
507 Idee der eigenen Zukunft anderswo abgeschoben wird, ist schneller wieder da, als  
508 viele denken. Kettenabschiebungen dürfen nicht dazu führen, dass Asylsuchende  
509 ohne Prüfung ihres Schutzgesuches in Staaten außerhalb der EU abgeschoben  
510 werden.

511 Für uns ist klar, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, bei  
512 denen menschenrechtliche oder völkerrechtliche Gründe entgegenstehen. Dabei muss  
513 sichergestellt sein, dass diese Staaten rechtsstaatliche Prinzipien im Umgang  
514 mit Geflüchteten respektieren. Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete  
515 verbieten sich. Eine Rückführung darf nur stattfinden, wenn Widersprüche von  
516 Gerichten überprüft wurden. Damit sollen auch rechtswidrige Abschiebungen  
517 verhindert werden. Wir wollen Schutz vor Unrechtsregimen wie in Syrien oder den  
518 Taliban in Afghanistan bieten und sie nicht durch Rückführungsvereinbarungen  
519 politisch legitimieren.

520 Doch besonders bei Menschen, die schwere Straftaten begangen haben oder  
521 Gefährder sind, muss der Rechtsstaat durchgreifen. Ausreisepflichtige, die  
522 schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Strafe prioritär  
523 zurückgeführt werden. Unser Rechtsstaat muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um  
524 zu verhindern, dass Menschen hier und anderswo gefährdet werden.